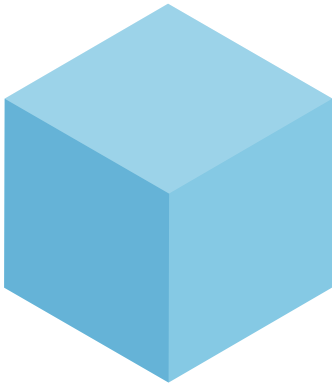


108

Demokratie und Governance



Medien als öffentliche Aufgabe

Im Gegensatz zum Rundfunk sind Medien im Print- oder Online-Bereich nicht verfassungsrechtlich verankert, sieht man von der Pressefreiheit als individuelle Bürger:innenfreiheit ab (Staatsgrundgesetz Art. 13). Die Bundesverfassung beschreibt Legislative, Exekutive und Judikative als die zentralen drei Gewalten; Medien als weitere Gewalt und Voraussetzung für ein lebendiges, pluralistisches und verlässlich funktionierendes demokratisches System bleiben unberücksichtigt.

Wohl auch aufgrund dieses fehlenden Rückhalts wurde der autonome Handlungsspielraum vieler Medien durch die fortschreitende Digitalisierung und den damit zusammenhängenden Verlust an eigenständigen Vertriebs- und Einnahmemöglichkeiten drastisch eingeengt, verstärkt durch die zunehmende Dominanz (scheinbar) kostenfrei zugänglicher globaler Online-Anbieter wie z.B. Google, Facebook oder Instagram. Diese agieren abseits demokratisch getroffener Regelungen und nationaler Souveränität, oft zum Schaden sozialer Kohäsion und gängigem Demokratieverständnis, und sind weitgehend der rechtsstaatlichen Kontrolle entzogen. Laut aktuellem Digital News Report äußert bereits über ein Drittel der befragten Österreicher:innen Bedenken in Sachen Unterscheidbarkeit zwischen Fakten und Falschmeldungen in Online-Medien.¹ Durch die aktuellen Entwicklungen im Bereich künstliche Intelligenz werden diese Problematiken und auch der wirtschaftliche Druck auf Qualitätsjournalismus wohl noch drastisch zunehmen.

Notwendig ist also zunächst eine verfassungsrechtliche Einordnung der Medien als unverzichtbare öffentliche Aufgabe für eine demokratisch verfasste Gesellschaft. Daraus ergibt sich die Sicherstellung von Unabhängigkeit und Förderung journalistischer Qualität, vor allem durch eine ausreichende und an transparente Qualitätskriterien (vgl. Baustein 8.02) gekoppelte staatliche Grundfinanzierung und einer damit verbundenen Entkoppelung von rein wirtschaftlicher Logik.

Die Grundfinanzierung muss wesentliche Teile des Betriebs abdecken können und könnte mit einem Gratiskontingent für die Informationsweitergabe durch staatliche Stellen einhergehen. Für jede andere Finanzierung aus staatlichen Mitteln (z.B. Inserate) sind im Gegenzug ebenfalls transparente Regelungen zu verankern, gekoppelt mit Offenlegungspflichten und gesetzlicher Deckelung.

erstellt von **Bernhard Kernegger**
(Universität für angewandte Kunst) &
Helga Kromp-Kolb (Universität für
Bodenkultur Wien)

unter Berücksichtigung von
UniNEtZ-Optionen [16_17](#), [16_18](#)
(v.a.Hintergrundanalyse)
www.uninetz.at/optionsbericht

Stand: 05/2024

Handlungsebene:
Bund

Kontakt:
dialog@uninetz.at

Maßnahmen

- Erarbeitung von verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Medien/Journalismus als zusätzliche Gewalt und entsprechende Anpassung der einfachgesetzlichen Regelungen.
- Entsprechende Einflussnahme auf die laufenden Verhandlungen über einen ‚European Media Freedom Act‘ als ‚Common Framework for Media Services in the International Market‘ – vor allem auch mit Blick auf Regulierungsmöglichkeiten international tätiger Akteur:innen außerhalb einzelstaatlicher Einflussmöglichkeiten.
- Neukonzeption und Einrichtung einer von der jeweils aktuellen Bundesregierung unabhängigen (nicht unter Aufsicht der Exekutive / der:des Bundeskanzler:in) stehenden Medienbehörde.
- Entsprechende Budgetierung auf Bundes- und Länderebene, im Gegenzug Reduzierung bzw. Streichung der Budgets für Inserate – eventuell mit einer Einschleifregelung von 2-3 Jahren.

Dieser Baustein ist Teil vom UniNEtZ-Zukunftsdialog.
Weitere Informationen: www.uninetz.at/dialog



Weiterführende Literatur:

- Europäische Kommission. (2023). 2023 Rule of Law Report. Country Chapter on the rule of law situation in Austria. Retrieved from https://commission.europa.eu/publications/2023-rule-law-report-communication-and-country-chapters_en
- Europäische Kommission. (2022). Vorschlag für eine VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU. Retrieved from <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/21/european-media-freedom-act-council-secures-mandate-for-negotiations/>
- Fidler, H. (2023). So funktioniert Österreichs Medienwelt. Mechanismen, Machtspiele und die Zukunft der Medien. Falter Verlag.
- Gadringer, S., Sparviero, S., Trappel, J., & Reichenberger, P. (2023). Digital News Report Austria 2023. Detaillierergebnisse für Österreich. Retrieved from <https://digitalnewsreport.at/>
- Grünangerl, M., Trappel, J., & Toaz, T. (2021). Austria. Confirmed democratic performance while slowly digitalising. In Trappel, J., & Tomaz, T. (eds.) (2021). The Media for Democracy Monitor 2021: How Leading News Media Survive Digital Transformation (Volume 1). Nordicom. 95-151.
- Haas, H. (2012). Evaluierung der Presseförderung in Österreich. Status, Bewertung, internationaler Vergleich und Innovationspotenziale (Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes). Universität Wien.
- Seethaler, J., Beaufort, M., & Schulz-Tomančok, A. (2023). Monitoring media pluralism in the digital era: application of the media pluralism monitor in the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia, Serbia and Turkey in the year 2022. Country report: Austria. Retrieved from <https://cadmus.eui.eu/handle/1814/75714>